

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1266

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: G. G. Raben, Dresden  
und Cölnische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: 12 Mark für ein halbes Jahr, 24 Mark für ein Jahr. Einmalige Beilagen sind eingeschlossen. Die wöchentlichen Beilagen sind für ein halbes Jahr 1 Mark, für ein Jahr 2 Mark. Einzelhefte 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261. Sprechstunden: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftszeiten: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25294 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle 30 Pf., die 90 mm breite 1,50 Pf., für auswärtsige Anzeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Pflanzanzeigen 40 Pf. Rabatt für Beilagenabgabe 10 Pf.

Nr. 60

Dresden, Freitag den 12. März 1926

37. Jahrg.

## Das Märchen vom Strumpf

der nicht sozialisiert werden wollte



Es war einmal ein großer Krieg, der fraß Menschen, Länder, Geld und Gut. Auch unser Land machte er krank, elend und arm, und eines Tages prangten an allen Anschlagläufen große Plakate, worauf zu lesen stand: „Zeichnet Kriegsanleihe! Das Vaterland braucht Geld! Sicherste Anlage des Volkvermögens! Gebt das Letzte!“

Und große Teile des Volkes gaben das Letzte. Die kleinen Sparrer, die kleinen Rentner — sie alle kamen und opfereten. Aber das Schicksal des Landes konnte damit nicht

wegschaffen werden. Seine Herrschenden mußten den Krieg verlieren; sie waren dümmere, als sich in diesem Märchen erzählen läßt! Nach vier Jahren sinnlosen Mordens kam der Zusammenbruch. Verloren waren Land, Volk, Gut und Blut, Kriegsanleihe samt Zinsen. Ein Ritter namens Schumann mit dem Hahnenbart floh nach Holland. Seine Frau aber hatte er gleich seinen anderen Fürstkollegen kauft vorher in Sicherheit gebracht. Mit ihm floh ein blauerhäutiger Feldherr — jedoch das gehört nicht hierher, denn was nun folgt, ist noch trauriger als die Geschichte dieser Ausreißer.

Im Lande nämlich schwollen die Not, der Hunger, die Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft lag im Sterben, die Geldstellen verfielen und Gold und Silber waren nur noch bei den Reichen zu finden. Die anderen hatten höchstens Papierschirme und manche sagten sich: „Wenn der Steuereintreiber kommt, ist auch das futsch!“ Sie stopften ihre Papierschirme in einen alten Strumpf, und den Strumpf stopften sie in einen Strohsack. Der Strumpf verfrachtete ganz tief in die Untergründe der Betten; er sagte sich: „Man hört jetzt jodeln von Sozialisierung, graufamen Steuern und anderen Drohungen, daß es besser ist, nicht aufzuwachen...“ Und er kroch noch tiefer, denn sicher ist sicher, vor allem, wenn man sich, wie sich die Reichen um die Steuern brühten — aber auch das kann hier nicht weiter erzählt werden, denn jetzt schraubte ein Ungeheuer daher, das unser Volk noch nie gekannt hatte. Es



war ein riesiges Ungeheuer, wie Ratten, wie Mäuse, wie alle Wesen und Häuser, wie Ratten hinten und vorn aus dem Lochern, die es hatte. Als das Ungeheuer einige Schritte herant getreten war, waren 100 000 Mark ein Dreck. Das Ungeheuer war, was die kleinen Sparrer in den Strümpfen gestopft hatten. Das Wertvollste davon blieb der Strumpf. Man stieß ihn und zog ihn an, weil das Volk so keine barfuß ging. Viele Reiche und Schieber und Schmeichele hatten sich an den Ratten noch fetter gemacht; sie saßen nicht, wohin mit den Milliarden. In den Straßen hungerten und lungerten die Kriegskrüppel und Klagen; die Hungerstöße mußte man feil und ausgerissen nach dem Ungeheuer, da ging's uns jetzt gut...“

Es dauerte lange, bis das Ungeheuer gestillt werden konnte. Der Großreichtum und die Mark kamen wieder und gewannen ihren Wert, wenigstens für den, der sie hatte. Dem Volke aber fehlten Mark und Groschen. Kriegsanleihe hatten alles verschlungen. Dazu fraß eine schlimme Arbeitslosigkeit um sich, weil der Wirtschaft das Geld, was man Kredite nennt.

In dieser Stunde, da sich Volkswirle und Politiker mit der Frage abwandten: Wie schaffen wir Kredite? — in dieser Stunde traten die teils verjagten, teils ausgerissenen deut-

schen Fürsten und Fürstentümer auf den Plan. In ihren Händen prangten große Rechnungen. Sie forderten höhere Pensionen und Abfindungen. Sie verlangten Geld für ihre Ländereien und Schlösser, und was ihre Väter vom Volke gekriegt, entwendet oder durch Steuern erpreßt hatten, das nannten sie ihr „wohlerworbenes Eigentum“. Ihr großer Bruder Lehmann aus Berlin rief den Mund am weitesten auf. Sein Hahnenbart sträubte sich: „Uns armen Hohenzollern geht's schlecht! Was sind unsere lumpigen 20 Millionen Mark Vermögen? Was sind jetzt lumpige 650 Mark Pension, die ich



täglich vom Volke bekomme! So viel hat ja jedes Dienstmädchen im Jahr!“ Und schwarzweihrote Nicker gaben ihnen recht und die schwarzweihroten Parteien bliesen mit in dieses Horn.

Da endlich ergrimmte das Volk, dieses langmütige, sanftmütige und schafgebildigste Volk unter den großen Nationen Europas. Es raffte sich endlich auf und schrie: „Wir haben es satt, für fürstliche Drohnen, Enkel und Wärfelchen lebenslanglich zu fronden! Nichts gibt's mehr! Gar nichts!“ Die kleinen Sparrer und verarmten Rentner traten auf: „Der gibt uns unser erarbeitetes Eigentum zurück? Eine Aufwertung versprochen uns die schwarzweihroten Parteien — einen Dreck haben sie uns gegeben. Keinen Pfennig mehr den Fürsten! Wir fordern Volksabstimmung!“

Und die ergrimmten Massen drängten an die Einzeichnungslisten. Da wurde den schwarzweihroten Parteien und

ihrer Presse bange: „Um Gotteswillen“, riefen sie, „seht euch vor! Mit den Fürsten geht's los und bei euch hört's auf! Wenn die Fürsten durch Volksabstimmung enteignet werden, dann kann's euch eines Tages auch so gehen!“

Als das die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter, die Arbeiter, die kaum ihre Familie ernähren konnten, die kleinen Rentner und Sparrer hörten, sahen sie einander erstaunt an. „Wie, wir können noch enteignet werden?“ fragten sie. „Wir? Was gibt's bei uns noch zu enteignen? Wer von uns noch was im Strumpfe hatte, dem hat's der Krieg oder die Inflation gefressen. Und was uns bleiben könnte, das hoßt der Steuerbeamte.“

Aber da kam der Gerichtsvollzieher und sagte: „Das ist ein Verbum, meine Lieben, wenn der Steuerbeamte nichts mehr kriegt, dann bin ich noch da. Ich bin gegenwärtig der populärste Mann im Volke. Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur reiche Hüben und nur arme oder bankrotte Leute drüben! Wo gibt's unter denen noch was zu enteignen?! Wo bitte, ich habe noch einige unerledigte Aufträge!“

Aber auch der Auspänder fragte umsonst. Die schwarzweihroten Parteien konnten bis heute noch nicht antworten, trotzdem sie ein robustes Gewissen und eine feile Presse haben. Es heißt jedoch, daß ihnen in ihren bösen Träumen ab und zu der Sparstrumpf des Volkes erscheint, das einzige, was im Deutschland der letzten zehn Jahre gründlich sozialisiert wurde.

R. G.



## Auf nach Doorn!

Ein deutschnationales Misstrauensvotum gegen Rülz

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In der Reichstags-Sitzung am Donnerstag wurde die Generaldebatte über das Programm des Reichsministers des Innern und seinen Haushalt fortgesetzt. Auch an diesem Tage bewegte sich die Aussprache meist in programmatischen Gedanken über das kulturelle und soziale Programm ohne parteipolemische Schärfe. Nur am Schluß der Sitzung brachte eine wüste Rede des baltischen Rülz lärmende Auftritte in den Sitzungssaal. Für das Zentrum sprach der Universitätsprofessor Dr. Schreiber, zur Zeit ungewiß, ob der beste Staatsminister seiner Partei. Er bezeichnete es als eine der größten Aufgaben des neuen Staates, die Nationalisierung des Proletariats zu erreichen. Das sei jedoch nicht nur durch soziale Gesetzgebung möglich, sondern es müsse die Verständigung mit dem Proletariat mehr Herzenssache als Verstandesfrage sein. Er gab dem Abg. Solmann darin recht, daß die deutsche Republik sozial eingestellt sein müsse, wenn sie bestehen bleiben solle. Rückschauend stellte er sich zu dem bismarckschen Reich sehr kritisch. Der bismarckschen Politik habe nach außen hin jeder Gedanke der Volkerverböhnung gefehlt, und innerpolitisch sei sie allzulange auf ostentative Verhältnisse eingestellt gewesen. Im ganzen war diese Zentrumsrede von republikanischen und demokratischen Gedanken getragen.

Für die Demokraten erzielte der Leipziger Universitätsprofessor Goeß dem Föderalismus eine Abjage. Der bayerische Volksparteiler Reichert dagegen forderte, daß die kulturellen Aufgaben bei den Ländern bleiben sollen. Er prägte den intellektuell unwahren Satz, daß Kultur nur auf christlicher Grundlage möglich sei. Große und alte Kulturen in anderen Erdteilen beweisen das Gegenteil. Bezeichnend war, daß dieser bayerische Volksparteiler sich ebenso wie eine

Reihe seiner Vorredner zu der Notwendigkeit eines Kampfes gegen den Alkoholismus bekannte. Dann — man muß schon sagen — lobte für die Deutschbaltischen der Abg. Rülz gegen die Republik, gegen Juden, Sozialdemokraten, gegen die Tischgesellschaft, gegen die Günter und hundert andre Dinge. Als er die Sozialdemokratie mit den Paragrafen in Verbindung brachte, warf Genosse Crispian dem Verleumder zweimal das Wort Schuft an den Kopf und erhielt dafür einen doppelten Ordnungsruf. Eine etwas peinliche Minute bereitete der baltische Redner dem Reichsinnenminister durch die Verlesung einer recht schlußfertigen Kaiser-Geburts-tagsrede, die der damalige Oberbürgermeister Rülz in Bittau während des Krieges gehalten hat.

Der Reichsinnenminister parierte diesen Angriff jedoch kräftig. Er verteidigte seine feilheit monarchische Gesinnung nicht und erklärte, sein Vertrauen zur Monarchie sei in dem Augenblick erledigt gewesen, als Wilhelm II. nach Holland geflohen sei. Einem Föderalismus brauche man keine Treue zu halten. Man ging natürlich ein ungeheurer Spektakel bei den Deutschbaltischen los. Sie schimpften und drohten zu dem Minister hinauf und organisierten schließlich einen großen Auszug aus dem Sitzungssaal, während die Linke ihnen zurief:

„Auf nach Holland! Auf nach Doorn!“

Die Holländer rüden ab! — Auf die Auszüge Solmanns, ob die Reichsregierung geplant habe oder noch plane, die Wahlreform auf Grund des Artikels 48 zu oktroyieren, erklärte der Minister dann noch feierlich, daß im Kabinett niemals ein solcher Plan erwogen worden sei und er eine solche Maßnahme für undenkbar halte. Sofort nach der